



DER GASKANZLER

Wie Olaf Scholz Deutschland in neue fossile Abhängigkeiten treibt

DER GASKANZLER

Wie Olaf Scholz Deutschland in neue fossile Abhängigkeiten treibt

Autor: Frank Rosin

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mehr als 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Anike Peters **Text/Redaktion** Frank Rosin **Fotos** Titel: © Jens Büttner / dpa: Olaf Scholz und Manuela Schwesig geben die schwimmende LNG-Anlage "Neptune" im Hafen von Lubmin symbolisch frei (14. Januar 2023); © imago (S. 9); © Annegret Hilse / Reuters (S. 10, 11); © Michael Kappeler / dpa (S. 14); © Julius Schrank / Greenpeace (S. 18)
Stand 10 / 2023 S04631

Inhalt

Zusammenfassung	4
Die Mär vom sauberen Erdgas	5
Wie die SPD Deutschland von Russland abhängig machte	7
Steigende Importe aus der Sowjetunion	7
Nord Stream 1	7
Nord Stream 2	7
Neue fossile Abhängigkeiten – made by Olaf Scholz	8
Russland dreht den Gashahn zu	8
Die größtenwahnsinnigen Flüssiggas-Pläne von Kanzler Scholz	8
Wilhelmshaven	9
Lubmin	9
Brunsbüttel	10
Rügen	11
Stade	12
Olaf Scholz weltweit auf Shoppingtour	13
Senegal (Mai 2022)	13
Kanada (August 2022)	14
Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate (September 2022)	15
Katar (September und November 2022)	15
Irak (Januar 2023)	15
Norwegen (Januar 2023)	15
Belgien (Februar 2023)	16
Aserbaidshan (März 2023)	16
Wie Scholz eigene Klimaziele und internationale Vereinbarungen bricht	17
Fossile Schlupflöcher in der Glasgow Declaration (COP 26)	17
Fossiler Dammbbruch beim G7-Gipfel in Elmau	17
Greenpeace-Forderungen	18
Quellen	19

Zusammenfassung

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Anfang 2022 versucht Bundeskanzler Olaf Scholz, sich als Retter Deutschlands aus der Energiekrise zu inszenieren. Doch statt sich dafür einzusetzen, dass unsere Wirtschaft effizienter mit Energie umgeht und schnell und nachhaltig auf erneuerbare Energien umstellt, setzt der Kanzler weiter auf fossiles Erdgas. Weltweit geht er dafür auf Shoppingtour und lässt in Deutschland gigantische neue Import-Infrastruktur in Form von elf Flüssiggas/LNG-Terminals planen. Würden alle geplanten Projekte realisiert, könnte Deutschland mit den Überkapazitäten zweimal den derzeitigen Bedarf decken.

Ungeachtet der Umweltschäden durch Fracking oder Menschenrechtsverletzungen in Diktaturen soll dieses Überangebot sicherstellen, dass Deutschland in Zukunft das fossile Gas nicht ausgeht – und dass es billig bleibt. Selbst die Finanzierung neuer Erdgasprojekte im Ausland – mit der Unterzeichnung der Glasgow Declaration für Deutschland ab 2023 verboten – ist für Scholz kein Tabu. Um den grenzenlosen LNG-Durst zu stillen, werden sogar Länder wie Senegal angefixt, denen sonst eine saubere, regenerative Zukunft bevorstehen könnte.

Dieser Kurzreport zeigt auf, wie sich Bundeskanzler Olaf Scholz zum Handlanger der internationalen Gasindustrie macht, die Glasgow Declaration bricht und damit wirksamen Klimaschutz verhindert.

Die Mär vom sauberem Erdgas

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erschien Erdgas als die saubere Alternative zu den anderen fossilen Energieträgern Öl und Kohle. Die Verbrennung von Gas versprach einen verringerten CO₂-Ausstoß und weniger Luftverschmutzung durch Schadstoffe im Abgas. In der Folge wurden unter anderem Kohlekraftwerke durch Gaskraftwerke ersetzt, Ölheizungen durch Gasheizungen. Neuere Berechnungen zeigen allerdings, dass die Klimaschädlichkeit von Erdgas und insbesondere von LNG, also verflüssigtem Erdgas, vergleichbar ist mit der von Kohle. Grund dafür sind die Vorkettenemissionen, also Leckagen bei Förderung und Transport. Hauptbestandteil von Erdgas ist Methan, welches auf 20 Jahre betrachtet 84 Mal so klimawirksam ist wie CO₂¹. Undichte Stellen an Förderanlagen und Pipelines haben also gravierende Folgen. Bei LNG kommt durch das Herunterkühlen zum Verflüssigen ein enormer Energieaufwand hinzu, der zusätzliches CO₂ verursacht. Denn Methan verflüssigt sich erst bei minus 162 Grad – diese Temperatur darf über den gesamten Transportweg bis zur Regasifizierung nicht überschritten werden². Der Ausstoß von Treibhausgasen bei Produktion und Transport ist deshalb bei LNG noch einmal höher als bei Pipeline-Gas³.

Deutschland besitzt selbst keine großen Erdgasvorkommen, importiert es also aus verschiedenen Ländern. Seit den 1970er-Jahren stammten die Importe vermehrt aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion und stiegen im Verlauf der Jahrzehnte stetig an. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war es vor allem die SPD, die sich im Rahmen ihrer Entspannungspolitik gegenüber Russland für eine Ausweitung der russischen Gasimporte einsetzte. Spätestens mit dem Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine wurde klar, dass dieser Weg ein Irrweg war. Gleichzeitig traten die Auswirkungen der Klimakrise weltweit immer dramatischer zutage.

Spätestens jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für einen nationalen Kraftakt gewesen, um die deutsche Wirtschaft kurzfristig auf erneuerbare Energien umzustellen. Doch der politische Wille fehlte: Statt den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen, zementiert die Bundesregierung unter Kanzler

Scholz weiter unsere Abhängigkeit von fossiler Energie, insbesondere von Erdgas.

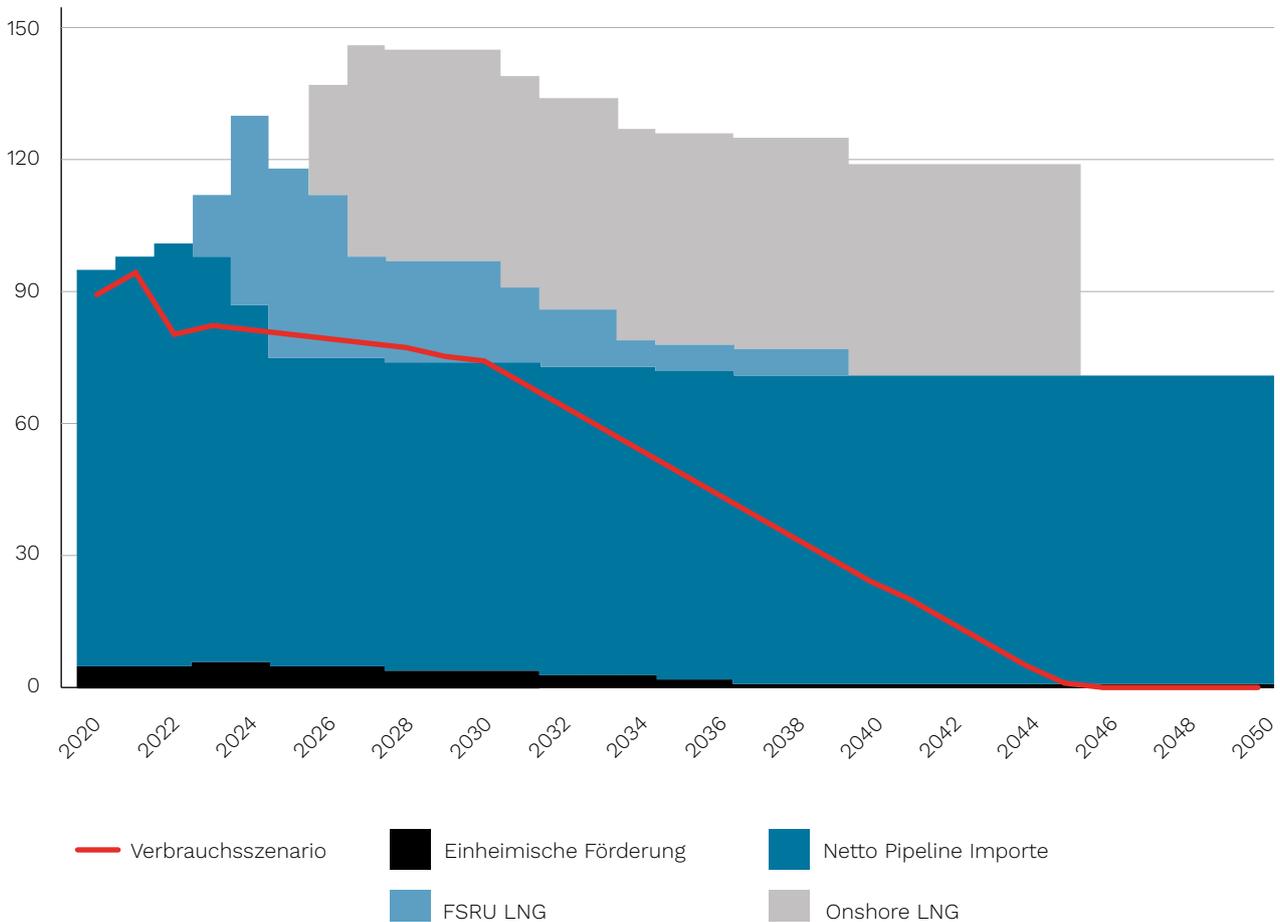
Dabei ist mit Hinblick auf die voranschreitende Klimakrise längst klar, dass der Verbrauch aus den fossilen Quellen Gas, Öl und Kohle schnell und drastisch sinken muss. Dass das möglich ist, zeigt das Jahr 2022, in dem Deutschland 17,6 Prozent weniger Erdgas konsumiert hat als im Vorjahr⁴. Trotzdem schafft Deutschland im Expressstempo neue Erdgas-Infrastruktur, finanziert widerrechtlich die Erschließung neuer Förderstätten im Ausland und schließt langfristige Lieferverträge ab.

Die damit einhergehenden Lock-in-Effekte drohen unsere Energieversorgung für Jahrzehnte auf fossiles Gas festzulegen. Eine jahrzehntelange Weiternutzung von Erdgas ist jedoch unvereinbar mit deutschen, europäischen und internationalen Klimazielen. Um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, fordert Greenpeace einen sofortigen Verzicht auf neue Gasprojekte und einen kompletten Gasausstieg bis 2035⁵.

Doch die Bundesregierung rechnet offenbar nicht ernsthaft mit der klimapolitisch notwendigen Reduzierung des Gasverbrauchs, sondern ermöglicht im Gegenteil mit ihren Planungen einen erneuten Anstieg. Bei sinkendem Gasverbrauch schafft die neue Infrastruktur enorme Überkapazitäten, wie die Abbildung auf Seite 6 zeigt.

Klimapolitisch zulässiger Gasverbrauch (rot) und geplante Importmengen⁶

Gasverbrauch und
Netto Importe in Mrd. m³



Das New Climate Institute hat dargestellt (siehe oben), wie der Verbrauch an fossilem Gas nach Vorgaben des deutschen Klimaschutzgesetzes (Klimaneutralität bis 2045) sinken müsste und welche Überkapazitäten die deutsche Politik gerade aufbaut. LNG-Importe benötigt Deutschland demnach allenfalls für eine kurze Übergangszeit von wenigen Jahren und im Volumen viel weniger, als derzeit geplant. Im internationalen Kontext sieht es ähnlich aus: Europa ist dabei, sich LNG-Infrastruktur anzuschaffen, die bis 2030 für mehr als das Doppelte des bis dahin prognostizierten europäischen Verbrauchs ausreicht⁷.

Eine auf Überkapazitäten ausgelegte Infrastruktur wird voraussichtlich einen Anstieg des Gasverbrauchs nach sich ziehen, denn was einmal da ist, wird auch genutzt – ähnlich wie zusätzliche Fahrspuren auf Autobahnen mehr Verkehr erzeugen⁸. Die Folgen fürs Klima wären katastrophal.

Wie die SPD Deutschland von Russlands Gas abhängig machte

Steigende Importe aus der Sowjetunion

Im Jahr 1973 ging unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) mit Transgas die erste deutsche Pipeline für fossiles Erdgas aus der Sowjetunion in Betrieb. Die "Energiewende nach Osten" sah man damals als "Basis für deutsch-sowjetische Abkommen", eine "gewisse Abhängigkeit" von der Sowjetunion als "Vertrauensbeweis". 1981 folgten unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) die Verträge über den Bau der Jamal-Pipeline. Erdgas erschien als Energieträger der Zukunft. Eine "Energiepartnerschaft mit Moskau" diene „dem Abbau unserer hohen Ölabhängigkeit“, notierte seinerzeit das Auswärtige Amt. Die jährlichen Gaslieferungen aus der Sowjetunion sollten verdoppelt werden¹⁰. Über Jamal lieferte der russische Staatskonzern Gazprom 1999 erstmals Gas nach Deutschland, sieben Jahre später dann die volle Kapazität von 33 Milliarden Kubikmetern pro Jahr¹¹.

Nord Stream 1

Um den zunehmenden deutschen Gasverbrauch mit russischen Importen zu befriedigen, reichten die vorhandenen Leitungskapazitäten bald nicht mehr aus. Im Jahr 2005 unterzeichnete Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die Absichtserklärung für den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 1, die sechs Jahre später in Betrieb ging. Nord Stream 1 umgeht die Transitländer der anderen Pipelines, Belarus und Polen (Jamal) beziehungsweise Ukraine und Tschechien (Transgas) und führt von Russland durch die Ostsee direkt nach Deutschland.

Nord Stream 2

Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erfolgte im Jahr 2015 die Unterzeichnung der Verträge für die parallel zu Nord Stream 1 verlaufende Pipeline Nord Stream 2. Das Pipeline-Projekt gehörte zunächst zu 50 Prozent, später dann vollständig dem russischen Gazprom-Konzern. Unterstützung erfuhr Nord Stream 2 vom damaligen Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) sowie von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der bereits seit 2005 als Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG für Gazprom tätig war.

Kritik und Widerstand begleiteten die Bauphase von Nord Stream 2. Treibende Kraft hinter Nord Stream 2 war die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unter den Ministerpräsident:innen Erwin Sellering und Manuela Schwesig (beide SPD), jeweils flankiert von der Bundesregierung. Nach der Bundestagswahl 2017 stieg Olaf Scholz zum Finanzminister und Vizekanzler im vierten Kabinett Merkel auf. Scholz setzte sich mehrmals persönlich für die Pipeline ein. Im August 2020 enthüllte die Deutsche Umwelthilfe, dass Finanzminister Scholz den USA einen Deal vorgeschlagen hatte: Er wollte LNG-Terminals in Deutschland mit einer Milliarde Euro fördern, wenn die USA ihren Widerstand gegen Nord Stream 2 aufgäben¹². Scholz vertrat die Ansicht, Nord Stream 2 sei "ein privatwirtschaftliches Projekt" und erhöhe nicht Deutschlands Abhängigkeit von Russland¹³. Die Abhängigkeit von Russlands Gaslieferungen wuchs allerdings auch ohne Nord Stream 2 bis zum Beginn des Ukrainekriegs: Zeitweise stammten bis zu 55 Prozent der deutschen Gasimporte vor 2022 aus russischen Quellen¹⁴.

Neue fossile Abhängigkeiten – made by Olaf Scholz

Am 8. Dezember 2021 wurde Olaf Scholz als Bundeskanzler vereidigt. Nur knapp drei Monate später, am 24. Februar 2022, startete Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine und nutzte seine Erdgaslieferungen, um politischen Druck auf den Westen auszuüben. Damit war die Neustrukturierung der Erdgasversorgung Deutschlands von Beginn an Aufgabe von Bundeskanzler Scholz und seiner Ampelkoalition. Noch im Februar 2022 kündigte Scholz persönlich den Bau von zwei LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel an.

Russland dreht den Gashahn zu

Russlands Diktator Putin reduzierte im Frühjahr 2022 die Gaslieferungen nach Westeuropa und unterbrach schließlich im Mai die Lieferungen über die Jamal-Pipeline ganz. Noch bis Ende August floss Gas über Nord Stream 1, allerdings erheblich geringere Mengen¹⁵. Die dritte Pipeline Transgas war wegen ihres Verlaufs durch die Ukraine ebenfalls nicht mehr zuverlässig. Die Ampelkoalition unter Bundeskanzler Scholz reagierte im Juni 2022 mit der Verabschiedung des LNG-Beschleunigungsgesetzes "LNGG"¹⁶, welches die Grundlage schafft, Flüssiggas-terminals im Eiltempo, insbesondere ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und mit eingeschränkter Öffentlichkeitsbeteiligung, zu errichten.

Die größtenwahnsinnigen Flüssiggas-Pläne von Kanzler Scholz

Als Reaktion auf die ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland setzt Deutschland seit 2022 verstärkt auf Flüssiggas. Insgesamt elf LNG-Terminals will die Bundesregierung entlang der deutschen Küste in Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade, Lubmin und Mukran errichten, einen Teil davon schwimmend¹⁷. Obwohl die Terminals privatwirtschaftlich betrieben werden, beteiligt sich Scholz' Bundesregierung über die staatliche KfW-Bank an der Finanzierung¹⁸. Eigentlich war vorgesehen, dass die Laufzeiten spätestens 2040 enden und die Terminals darüber hinaus nur mit grünem, also aus erneuerbaren Energien erzeugtem, Wasserstoff betrieben werden dürfen. Doch diese Laufzeitbegrenzung kassierte das Kanzleramt kurz vor Verabschiedung des LNG-Beschleunigungsgesetzes ein und schob sie um drei Jahre nach hinten. Zusätzlich setzten Kanzleramt und Finanzministerium durch, dass die Terminals nach 2043 auch mit angeblich klimaneutralem blauem Wasserstoff betrieben werden dürfen¹⁹. Blauer Wasserstoff ist jedoch eine Mogelpackung: Er wird aus Erdgas gewonnen, das dabei entstehende CO₂ soll mit der in Deutschland verbotenen Hochrisikotechnologie CCS (Carbon Capture and Storage) in den Boden verpresst werden. Es gibt weltweit erst wenige Pilotanlagen, aber schon heute ist klar: Die Klimabilanz von blauem Wasserstoff ist sogar noch schlechter als die von Erdgas²⁰.



Olaf Scholz bei der Einweihung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven (17. Dezember 2022)

Wilhelmshaven

Unter Hochdruck wurde im niedersächsischen Wilhelmshaven der Bau des ersten schwimmenden LNG-Terminals vorangetrieben. Die letzte Genehmigung erteilte das Land Niedersachsen am 17. Dezember 2022, einen Tag nachdem das Spezialschiff „Höegh Esperanza“ festgemacht hatte. Betreiber der Anlage ist der kürzlich verstaatlichte Energiekonzern Uniper. Kanzler Scholz eröffnete das schwimmende Terminal gemeinsam mit Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP), nur zehn Monate nach Scholz' Ankündigung²¹. Grund für die kurze Bauzeit: Das LNG-Beschleunigungsgesetz ermöglichte, auf normalerweise obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfungen zu verzichten. Umweltorganisationen kritisierten, dass beim Betrieb des Terminals legal große Mengen des Biozids Chlor ins Meer geleitet würden. BUND und NABU legten deshalb Widerspruch gegen die Genehmigung ein²². Zudem machte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) auf die Tatsache aufmerksam, dass die Chlormessungen des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft nicht stichhaltig

seien, weil zum Zeitpunkt der Messungen noch gar kein Chlor ins Meer eingeleitet worden sei²³. Pikantes Detail: Der geplante Einsatz der „Höegh Esperanza“ am Crib Point Projekt in Australien war 2021 laut Informationen der DUH untersagt worden, weil die FSRU (Floating Storage and Regasification Unit) dort in der Umweltprüfung durchgefallen war²⁴. Am 3. Januar 2023 legte der erste LNG-Tanker an der „Höegh Esperanza“ an, vollbeladen mit Fracking-Gas aus den USA²⁵.

Darüber hinaus ist in Wilhelmshaven ein weiteres schwimmendes Terminal geplant, das Ende 2023 betriebsbereit sein soll. Ab 2026 sollen die schwimmenden durch ein festes LNG-Terminal ersetzt werden.

Lubmin

Nur einen Monat nach der Inbetriebnahme des Terminals in Wilhelmshaven eröffnete Olaf Scholz am 14. Januar 2023 gemeinsam mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in Lubmin



Olaf Scholz, Manuela Schwesig und die ReGas-Chefs Ingo Wagner und Stephan Knabe bei der Einweihung des LNG-Terminals "Deutsche Ostsee" in Lubmin (14. Januar 2023)

(Mecklenburg-Vorpommern) das zweite schwimmende LNG-Terminal, die "Neptune". Die Anlage am Greifswalder Bodden soll künftig 5,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr ins deutsche Netz einspeisen. In Lubmin endet auch die Nord Stream 1-Pipeline, eine Anbindung ans Gasnetz existiert also bereits. Anwohner:innen beklagen die hohe Lärmbelastung durch Schiffsverkehr und Terminal²⁶, besonders kritisch ist außerdem die Umweltverschmutzung durch den zusätzlichen LNG-Shuttlebetrieb²⁷. Weil das Wasser im Bereich um das Terminalschiff "Neptune" nicht tief genug ist, muss das LNG zunächst auf offener See von den großen Frachtern auf kleinere Shuttleschiffe umgeladen werden. Auch in Lubmin ermöglichte das LNG-Beschleunigungsgesetz, auf Umweltprüfungen zu verzichten.

Weiterer Kritikpunkt: Das Terminal in Lubmin betreibt die Deutsche ReGas GmbH & Co. KGaA, ein Unternehmen, das zwei branchenfremde Geschäftsleute explizit zu diesem Zweck gegründet haben. Die beiden Gesellschafter, der Steuerberater Stephan Knabe und der Immobilienmakler Ingo Wagner, sammelten dafür nach eigenen Angaben 100 Millionen Euro Kapital ein. Sitz des Unternehmens ist Potsdam – der Wahlkreis von Olaf Scholz. Und zu diesem pflegen Knabe und Wagner offenbar beste Kontakte: Wie eine Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums an den CDU-Abgeordneten Matthias Hau verrät, traf Scholz die beiden am 15. September 2022 in Potsdam, am 14. Januar 2023 in Lubmin und am 20. April 2023 in Mukran²⁸. Mindestens einer der

Termine taucht nicht im offiziellen Kalender des Kanzlers auf. Der Tagesspiegel merkte an: „Es ist ungewöhnlich, dass sich ein Kanzler so stark in ein privatwirtschaftliches Projekt einschaltet.“²⁹

Problematisch könnte die ungeklärte Herkunft der 100 Millionen Euro Startkapital sein – ein Geschäftsführer der ReGas betrieb Medienberichten zufolge einen Investmentfonds auf den Cayman Islands³⁰. Die Bundesregierung sicherte erst im August 2023 in ihrer Antwort auf eine Bundestagsanfrage zu, Herkunft des Kapitals und Zuverlässigkeit der ReGas-Gesellschafter zu prüfen³¹. Zudem gibt es Verbindungen der Regas zur Warburg-Bank, also der Bank, die in den Cum-Ex-Skandal verstrickt war und mit deren Inhabern sich Olaf Scholz als Hamburger Bürgermeister mehrmals getroffen hatte³². Scholz' Rolle im Cum-Ex-Skandal ist bis heute undurchsichtig geblieben, er zog sich bei Befragungen stets auf Erinnerungslücken zurück.

Brunsbüttel

Im Beisein von Bundeskanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck legte am 20. Januar 2023 in Brunsbüttel das von RWE gecharterte Terminalschiff "Höegh Gannet" an und komplettierte das an der Elbemündung neu errichtete LNG-Terminal. Im Februar erreichte die erste Ladung LNG aus den Vereinigten Arabischen Emiraten das Brunsbütteler



Proteste gegen das geplante LNG-Terminal auf Rügen beim Besuch von Olaf Scholz in Binz (20. April 2023)

Terminal³³. Erst ein halbes Jahr später erfuhr die Öffentlichkeit davon, dass RWE eine Ausnahme-genehmigung des Umweltministeriums für den erhöhten Schadstoffausstoß seines Terminalschiffs erhalten hatte: die "Höegh Gannet" darf während ihres Betriebs mit Marinediesel 1,4 mal so viel Stickoxide, fünfmal so viel Kohlenmonoxid und 7,3 mal so viel Formaldehyd ausstoßen, wie es die gesetzlichen Grenzwerte zulassen. Obwohl Anwohner:innen Schadstoffmessungen in ihren Wohngebieten verlangten, wurden diese nicht durchgeführt³⁴. In Brunsbüttel ist neben dem schwimmenden auch ein fest installiertes LNG-Terminal geplant, das im Jahr 2026 seine Arbeit aufnehmen soll.

Rügen

Im Januar 2023 wurde überraschend bekannt, dass der Energiekonzern RWE ein bis dato nicht im LNG-Beschleunigungsgesetz vorgesehene LNG-Terminal vor der Ostseeinsel Rügen plant³⁵. Die Anlage in Sichtweite zur Selliner Seebrücke sollte mit einer jährlichen Importkapazität von bis zu 38 Milliarden

Kubikmeter das größte fossile Projekt Europas werden. Sofort regte sich heftiger Widerstand auf der Urlaubsinsel, Anwohner:innen sahen vor allem den Tourismus und die maritime Umwelt durch das geplante Mammutprojekt in Gefahr.

RWE zog sich allerdings Ende April 2023 wieder aus dem Vorhaben zurück und die Landesregierung um SPD-Ministerpräsidentin Schwesig zeigte sich angesichts des Gegenwinds aus der Bevölkerung immer weniger überzeugt vom "Monsterterminal" auf Rügen. Die Bundesregierung um Kanzler Scholz aber hielt weiter an den LNG-Plänen fest. Im April 2023 reiste Scholz persönlich nach Rügen, um die Gegner:innen von dem umstrittenen Projekt zu überzeugen. Bei einer Gesprächsrunde in Binz erklärte er ein Terminal an der Ostseeinsel unter dem Vorwand der Versorgungssicherheit für notwendig³⁶. Neuer Standort soll der Hafen von Mukran bei Sassnitz sein, als Betreiberin der Anlage ist wie in Lubmin die ReGas GmbH vorgesehen, zu der Scholz einen persönlichen Draht hat (siehe Abschnitt Lubmin). Zwar soll der Ausbau nun mit zwei schwimmenden Terminals und einer Importkapazität von 15 Milliarden Kubikmetern im Hafen von Mukran bei Sassnitz deutlich

kleiner ausfallen, als ursprünglich geplant. Der Protest hält jedoch an und mittlerweile kommen mehrere Analysen zu dem Schluss, das Terminal auf Rügen sei energiewirtschaftlich überflüssig³⁷.

Dennoch nahm der Bundestag Mukran im Juli 2023 als Standort in das LNG-Beschleunigungsgesetz auf, das damit auch hier ermöglicht, auf Umweltverträglichkeitsprüfungen zu verzichten³⁸. Für den Anschluss des geplanten Terminals ans deutsche Gasnetz sollen 50 Kilometer Pipeline quer durch den Greifswalder Bodden verlegt werden, in dem bedrohte Arten wie Schweinswal, Kegelrobbe und Ostseehering leben. Der NABU stellte deshalb im September 2023 einen Eilantrag, um die Bauarbeiten zu stoppen³⁹. Das Bundesverwaltungsgericht lehnte den Antrag jedoch ab.

Stade

Ende 2023 soll in Stade ein weiteres schwimmendes LNG-Terminal in Betrieb gehen ("Hanseatic Energy Hub"), 2027 zusätzlich noch ein landbasiertes. Die Anlagen sollen nach Angaben der Stadt Stade rund 15 Prozent des deutschen Gasbedarfs decken⁴⁰, das entspricht rund zehn Milliarden Kubikmeter fossiles Erdgas pro Jahr.

Olaf Scholz weltweit auf Shoppingtour

Auf der UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP26) im November 2021 unterzeichnete Deutschland die **Verpflichtungserklärung, ab 2023 keine fossilen Energieprojekte im Ausland mehr zu finanzieren** (siehe Abschnitt "Wie Scholz eigene Klimaziele und internationale Vereinbarungen bricht"). Dann begann der Angriffskrieg auf die Ukraine und Russland drohte, Europa den Gashahn zuzudrehen. Der frisch vereidigte Bundeskanzler Olaf Scholz startete daraufhin seine weltweite Shoppingtour, auf der Suche nach Alternativen zum russischen Erdgas. Dabei ignorierte die Bundesregierung die gerade erst geschlossenen internationalen Klimaschutzvereinbarungen ebenso wie Menschenrechts- und Umweltschutzbedenken.

Senegal (Mai 2022)

Seine erste Afrikareise als Bundeskanzler führte Olaf Scholz Ende Mai 2022 unter anderem nach Senegal. Vor der Küste Senegals liegt das "Greater Tortue Ahmeyim"-Erdgasfeld mit einer geschätzten Kapazität von 425 Milliarden Kubikmetern⁴¹. Senegal will dort bis ins Jahr 2043 Erdgas fördern und als LNG verschiffen. Mit den Vorbereitungen zur Ausbeutung des Felds hat Betreiber BP bereits begonnen, zu den Projektpartnern zählen die staatlichen Energieunternehmen von Mauretanien und Senegal. Erklärtes Ziel: den führenden LNG-Hub Afrikas zu errichten.

Olaf Scholz erklärte nach seinem Treffen mit dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall, es sei sinnvoll, eine Zusammenarbeit bei der Erdgasförderung "intensiv zu verfolgen". Im Klartext: Deutschland würde die Erschließung der Gasfelder mitfinanzieren. Auf seiner Reise begleitete den Kanzler Staatssekretär Jörg Kukies, enger Vertrauter und Scholz' persönlicher Beauftragter für die G7/

G20-Treffen. Kukies traf sich im Nachgang der Afrikareise mit Lobbyvertretern von Uniper, RWE und EnBW⁴², um eine mögliche Beteiligung deutscher Unternehmen am Senegal-Deal auszuloten. Innerhalb eines halben Jahres empfing Kukies danach in mehr als 20 weiteren Treffen internationale Öl- und Gaslobbyisten, unter anderem den Senegal-Chef des US-Konzerns Kosmos Energy, der mit 27 Prozent am senegalesischen Gasprojekt beteiligt ist⁴³. Zumindest mit Uniper waren die Gespräche offenbar fruchtbar. Im November 2022 bestätigte der Generaldirektor des staatlichen senegalesischen Öl- und Gasunternehmens Petrosen, dass man in konkrete Verhandlungen mit Uniper eingetreten sei. Ein Grund für die ungewohnt intensive Lobbyarbeit des Kanzleramts: Auch andere Staaten wollen mit dem Senegal Geschäfte machen – wer die größten Investitionen verspricht, bekommt den Zuschlag⁴⁴.

Der Bundeskanzler sprach von einer "Zeitenwende", ausgelöst durch den Ukrainekrieg⁴⁵. Die Klimabewegung bescheinigte Scholz für seinen Versuch, die "selbstverschuldete Energiekrise" Deutschlands mit Deals im globalen Süden zu bewältigen, ein "koloniales Weltverständnis"⁴⁶ und warf ihm den Bruch des Parisabkommens und der Glasgow Declaration vor.

Die geplante Ausbeutung von "Greater Tortue Ahmeyim" steht aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes weltweit in der Kritik. Das Gasfeld liegt unmittelbar neben mehreren Naturschutzgebieten und dem größten Kaltwasser-Korallenriff der Welt⁴⁷. Die Arbeiten rund um das Gasprojekt würden das einzigartige Riff und das marine Ökosystem massiv und langfristig schädigen. Bereits jetzt, bevor die Produktion offiziell beginnt (Ende 2023/Anfang 2024), sorgen Sperrgebiete für eine Verkleinerung der Fanggebiete für lokale Fischer:innen. In Senegal leben 600.000 Menschen von der Fischerei⁴⁸, das entspricht einem Sechstel aller Arbeitsplätze. Die Fischerei ist eine wichtige Stütze der senegalesischen Wirtschaft und unverzichtbare Eiweißquelle für die Bevölkerung.



Bundeskanzler Olaf Scholz zu Besuch bei Macky Sall, Präsident der Republik Senegal (22. Mai 2022)

Für Senegal wäre "Greater Tortue Ahmeyim" das erste Gasprojekt überhaupt. Die senegalesische Regierung plant Gaskraftwerke zur Stromerzeugung und die Versorgung der Bevölkerung mit Flaschengas zum Kochen, um die traditionelle Holzkohle zu ersetzen⁴⁹. Doch Germanwatch und New Climate Institute erstellten im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion eine Studie⁵⁰, die zeigte, dass in Senegal hervorragende Bedingungen für den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien vorliegen. So könnte Senegal von fossilen Energieträgern weitgehend unabhängig bleiben. Ein Aufbau neuer Gasinfrastruktur wird diesen Weg mit Lock-in-Effekten verzögern oder gar verhindern⁵¹.

Würde die Erschließung des Gasfelds wie geplant umgesetzt, hätte das Emissionen von 2,2 Milliarden Tonnen CO₂ zur Folge – das entspricht der andert-halb-fachen Menge CO₂, die der gesamte afrikanische Kontinent jährlich insgesamt ausstößt⁵².

Kanada (August 2022)

Nachdem Olaf Scholz im Juni 2022 beim G7-Treffen auf Schloss Elmau mit Kanadas Regierungschef Justin Trudeau eine neue Erdgas-Partnerschaft ausgelotet hatte⁵³, reiste der Kanzler im August nach Kanada und stattete dem Premier einen offiziellen Besuch ab. Scholz bekräftigte seinen Wunsch nach vermehrten LNG-Importen aus Kanada: "We hope that Canadian LNG will play a major role in this"⁵⁴. Kanada ist der sechstgrößte Erdgasförderer der Welt und nutzt dafür auch **Fracking**. Fertige LNG-Terminals existieren in Kanada zurzeit noch nicht, aber zwei befinden sich an der Pazifikküste im Bau. Bei den Treffen mit Trudeau ging es unter anderem um die Möglichkeit, ein weiteres LNG-Terminal in New Brunswick an der Atlantikküste zu errichten, das für Exporte nach Deutschland verkehrsgünstiger gelegen wäre.

Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate (September 2022)

Im September 2022 führte eine Rundreise den Bundeskanzler in die Vereinigten Arabischen Emirate (VEA), nach Saudi-Arabien und Katar (siehe nächster Abschnitt). In Saudi-Arabien ging es vor allem darum, die Wogen zu glätten, die die Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi 2018 im saudi-schen Generalkonsulat in Istanbul verursacht hatte. Zwar gab es keine konkreten Vereinbarungen über Gaslieferungen, allerdings kündigte der Kanzler eine engere Energiepartnerschaft mit Saudi-Arabien an.

Erfolgreicher war Scholz in den VAE. Hier schloss der Energiekonzern RWE im Beisein des Kanzlers einen Vertrag mit der staatlichen Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) über eine erste LNG-Lieferung im Dezember 2022 an das Terminal Brunsbüttel sowie ein Memorandum über mehrjährige Lieferungen ab⁵⁵. Außerdem vereinbarten die Regierungen die Lieferungen weiterer LNG-Ladungen für das Jahr 2023.

Die **humanitäre Katastrophe**, die durch den von Saudi-Arabien angeführten **Stellvertreterkrieg im Jemen** entstanden ist, blieb außen vor. Hier übte sich Scholz in Diplomatie, die zynisch erscheint: "Beide Länder, sowohl Saudi-Arabien als auch die VAE, nehmen eine Position ein, die sehr auf eine friedliche Entwicklung des Jemen setzt"⁵⁶, sagte er im Anschluss der Gespräche gegenüber Medienvertreter:innen.

Katar (September und November 2022)

Nachdem die September-Rundreise des Bundeskanzlers in Katar keine Vertragsabschlüsse brachte, reiste er zwei Monate später erneut in das Emirat⁵⁷. Die Gespräche im November verliefen erfolgreicher: Ab 2026 soll der US-Konzern Conoco Phillips katarisches Erdgas an das Brunsbütteler LNG-Terminal liefern. Die Verträge laufen mindestens bis 2041⁵⁸.

Katar steht seit vielen Jahren wegen brutaler **Menschenrechtsverletzungen** in der Kritik. Frauen sind nicht gleichberechtigt, Homosexualität steht unter Strafe. Arbeitsmigrant:innen leben in Katar unter katastrophalen Bedingungen und Tausende von ihnen sind bei der Arbeit zu Tode gekommen⁵⁹, auch im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für die Fußball-WM 2022⁶⁰.

Irak (Januar 2023)

Anfang 2023 empfing der Bundeskanzler den Ministerpräsidenten des Irak, Mohammed Schia al-Sudani, in Berlin. Nach dem Besuch erklärte Scholz: "Der Irak wäre für uns ein sehr gern gesehener Kooperationspartner bei dem Import von Gas und Öl nach Deutschland"⁶¹. Die irakische Basra Gas Company eröffnete 2022 ein LNG-Terminal, welches den Export von Flüssiggas ermöglicht. Doch Gas- und Ölförderung steht im Widerspruch zu den Problemen, die der Irak schon heute mit der Erderhitzung hat, ist das Land doch laut UN einer der fünf **am stärksten vom Klimawandel betroffenen** Staaten. Deutschland investiert unter anderem in die irakische Wasserversorgung, um die Auswirkungen abzumildern⁶².

Norwegen (Januar 2023)

Bei seinem Norwegen-Besuch im August 2022 scheiterte Bundeskanzler Scholz mit seinem Wunsch nach einer Ausweitung der norwegischen Gaslieferungen⁶³. Knapp ein halbes Jahr später konnte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) dann einen kleinen Erfolg vermelden: Deutschland und Norwegen vereinbarten eine Zusammenarbeit bei "blauem" Wasserstoff. **Blauer Wasserstoff wird aus fossilem Erdgas gewonnen**, die dabei entstehenden großen Mengen CO₂ sollen mit der Risikotechnologie CCS (Carbon Capture and Storage) abgeschieden und im Boden verpresst werden. Die Vereinbarung sieht zunächst eine Machbarkeitsstudie über die Lieferung von Wasserstoff nach Deutschland und die von CO₂ zurück nach Norwegen vor⁶⁴. CCS ist in Deutschland verboten, weil schwere Umweltschäden nicht ausgeschlossen werden können.

Belgien (Februar 2023)

Bei einem Besuch in Zeebrügge im Februar 2022 lotete Bundeskanzler Scholz die Möglichkeiten aus, Gaslieferungen aus Belgien weiter zu steigern. Diese Steigerung schien im beiderseitigen Interesse zu liegen: „Belgien hat den Ehrgeiz, die Durchleitungskapazitäten nach Deutschland zu verdoppeln“, sagte Belgiens Ministerpräsident während Scholz’ Besuch⁶⁵. Scholz betonte, man habe „eine gemeinsame Verantwortung, die über beide Länder hinausreicht“⁶⁶. Dieser Satz des Bundeskanzlers ist doppelt problematisch: Zum einen versucht er, die europäischen Erdgas-Überkapazitäten zu rechtfertigen. Zum anderen kommt in den belgischen LNG-Terminals auch viel **Flüssiggas aus Russland** an, wird hier regasifiziert und ins europäische Netz eingespeist. LNG fällt bislang nicht unter die EU-Sanktionen gegen Russland. Schätzungen gehen davon aus, dass auf dem Umweg über Belgien jährlich fünf Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas nach Deutschland gelangen, die hier als Import aus Belgien verbucht werden⁶⁷.

Aserbaidshan (März 2023)

Im März 2023 empfing Bundeskanzler Scholz den Präsidenten Aserbaidshans, Ilham Alijew, um über eine Steigerung der Öl- und Gaslieferungen zu verhandeln. Nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs erhöhte Aserbaidshan seine Gasexporte nach Europa kurzfristig von acht auf zwölf Milliarden Kubikmeter, 20 Milliarden sollen es bis 2027 werden⁶⁸. Scholz war offensichtlich bewusst, dass er mit einem Autokraten verhandelt – seine Rechtfertigung fasste er in einem Satz zusammen: “Wir können es uns nicht leisten, etepetete zu sein“⁶⁹. Eine zynische Aussage des Bundeskanzlers angesichts der Tatsache, dass Aserbaidshan im Konflikt mit Armenien seit Jahren die armenische Bevölkerung im aserbaidshanischen Bergkarabach drangsaliert. Im Dezember 2022 ließ Diktator Alijew die einzige Verbindung zwischen Armenien und Bergkarabach blockieren und schneidet die Region seitdem faktisch von der Versorgung mit Lebensmitteln und Hilfslieferungen ab, ein Genozid steht zu befürchten⁷⁰. Nach neun Monaten Blockade startete Aserbaidshan im September 2023 einen neuen Angriff auf Bergkarabach, bei dem mehr als zwei Dutzend Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden⁷¹.

Ebenfalls problematisch sind in Aserbaidshan die nicht vorhandene Pressefreiheit und eine enorme Korruption. Das Land lag 2022 beim CPI, dem Korruptionsindex von Transparency International, auf Platz 157 von 180⁷². Die Korruption erreichte mit der “Aserbaidshan-Affäre” in den 2010er-Jahren auch Deutschland⁷³.

Wie Scholz eigene Klimaziele und internationale Vereinbarungen bricht

Fossile Schlupflöcher in der Glasgow Declaration (COP26)

Ein zentrales Thema auf der Weltklimakonferenz in Glasgow im November 2021 waren fossile Energieprojekte, die weltweit unbedingt schnell und wirksam gestoppt werden sollten. Die entsprechende Erklärung “Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition”⁷⁴, die ein Ende der direkten öffentlichen Finanzierung solcher Projekte im Ausland nach 2022 vorsah, unterzeichneten 39 Länder. Deutschland rang sich zögerlich zum Beitritt des Abkommens durch, nachdem eine Ausnahmeregelung für bestimmte Erdgasprojekte, vor allem Gaskraftwerke und “sauberen” Wasserstoff, zugestanden wurde⁷⁵. Die Ausnahmen sollten allerdings nur unter klar definierten Bedingungen zulässig sein, die im Einklang mit der 1,5-Grad-Grenze sind⁷⁶.

Doch selbst die “aufgeweichte” Glasgow-Declaration will Kanzler Scholz nicht einhalten. So macht sich insbesondere Scholz’ Staatssekretär und Berater Jörg Kukies dafür stark, dass die neuen Leitlinien der staatlichen KfW-Bank die Finanzierung von Öl- und Gas-Pipelines, LNG-Terminals und -Tankern sowie Schiffen zur Verlegung von Pipelines ermöglichen. So könnte Deutschland dann auch finanziell in die Gasausbeutung im Senegal einsteigen, um sich die gewünschten Lieferzusagen zu sichern.

Fossiler Dambruch beim G7-Gipfel in Elmau

Das G7-Treffen auf Schloss Elmau im Juni 2022 war das erste nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Es fand unter der Leitung von Bundeskanzler Scholz statt, der offensichtlich befürchtete, Deutschland müsse im Winter 2022/23 den Gas-Notstand ausrufen. Doch die G7 einigten sich in ihrer Abschlusserklärung darauf, entgegen der Vereinbarung von Glasgow auch weiterhin zu erlauben, öffentliche Mittel in fossile Projekte zu stecken.

Damit war der Weg frei für die Bundesregierung, beispielsweise die Finanzierung der Erschließung senegalesischer Tiefsee-Gasfelder zu unterstützen. Passenderweise hatte Scholz den Präsidenten Senegals als derzeitigen Vorsitzenden der Afrikanischen Union zum G7-Treffen eingeladen⁷⁷.

Auf dem nächsten G7-Gipfel in Hiroshima im Mai 2023 bestätigten sich die Befürchtungen von Umweltverbänden. Die Abschlusserklärung enthielt sehr vage Formulierungen zu LNG und Klimaschutz⁷⁸. Der Vorwurf der NGOs lautete, insbesondere Olaf Scholz habe die G7 in Elmau auf LNG-Kurs gebracht und damit die Klimaschutzziele von Paris endgültig verraten⁷⁹.

Was Greenpeace fordert

- **Gasausstieg bis 2035**
- **keine weiteren LNG-Terminals oder neuen Gasprojekte**
- **volle Kraft in die erneuerbaren Energien**
- **keine Finanzierung neuer Gasprojekte – nicht in Deutschland, nicht weltweit**



Greenpeace-Aktivist:innen protestieren gegen die Verlegung der Gas-Pipeline zwischen Lubmin und Mukran auf dem Verlegeschiff "Castoro 10" (21. September 2023)

Quellen

- 1 <https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/wasserstoff/fossiler-wasserstoff/>
- 2 <https://www.klimareporter.de/deutschland/fluessiggas-fast-so-klimaschaedlich-wie-steinkohle>
- 3 <https://www.dw.com/de/lng-fl%C3%BCssiggas-retteur-in-der-gas-not-oder-klimakiller/a-64343862>
- 4 https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/Rueckblick/start.html
- 5 <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg>
- 6 <https://newclimate.org/resources/publications/deutsche-lng-ausbauplane-fuehren-zu-uberkapazitaet-und-gefahren>
- 7 <https://ieefa.org/articles/over-half-europes-lng-infrastructure-assets-could-be-left-unused-2030>
- 8 https://www.greenpeace.de/publikationen/20230223_greenpeace_Staueusbau_02_23_meta.pdf
- 9 <https://www.zeit.de/2013/42/1973-gas-pipeline-sowjetunion-gazprom/komplettansicht>
- 10 https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/ueberblick-seit-50-jahren-abhaengig-deutschlands-historie-zu-billigem-gas-aus-russland_id_120578745.html
- 11 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/gaspipelines-kapazitaeten-101.html>
- 12 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/spd-engagement-fuer-nord-stream-2-gasimport-gasimport-klimaschutz-a-3d3f78e1-5358-4142-94d0-d78f7c648315>
- 13 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umstrittene-gaspipeline-scholz-deutschland-macht-sich-durch-nord-stream-2-nicht-abhaengig-von-russland/26204458.html>
- 14 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/krieg-ukraine-deutschland-abhaengigkeit-gas-russland-100.html>
- 15 <https://www.stern.de/politik/russland-drehte-den-gashahn-zu--ein-jahr-ohne-nord-stream-gas-33777586.html>
- 16 <https://www.gesetze-im-internet.de/lngg/BJNR080200022.html>
- 17 <https://www.fr.de/wirtschaft/plaene-fuer-lng-terminals-in-deutschland-sind-laut-fachleuten-voellig-ueberdimensioniert-91969459.html>
- 18 https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_697152.html
- 19 <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/informationsfreiheit/kanzleramt-und-finanzministerium-schwaechten-klimaschutz-in-lng-gesetz-ab>
- 20 <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1002/ese3.956>
- 21 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/lng-terminals-eroeffnung-wilhelmshaven-101.html>
- 22 <https://www.nabu.de/news/2023/01/32797.html>
- 23 <https://blackout-news.de/aktuelles/duh-enthuehlt-taeschung-bei-chlor-messwerten-lng-terminal-wilhelmshaven/>
- 24 <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-schlaegt-alarm-uniper-plant-mit-lng-terminal-wilhelmshaven-grosse-mengen-umwelts/>
- 25 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-01/lng-fluessigerdgas-tanker-wilhelmshaven-uniper>
- 26 <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/ReGas-raeumt-ein-LNG-Tankerschiff-schuld-an-Laerm-vor-Ruegen.lng680.html>
- 27 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/fluessigerdgas-zweites-deutsches-lng-terminal-in-lubmin-nimmt-betrieb-auf-a-dd44c50b-26e4-4568-899d-447111229d8e>
- 28 <https://www.sueddeutsche.de/politik/ruegen-lng-regas-scholz-1.6055430?reduced=true>
- 29 <https://www.tagesspiegel.de/politik/energie-klima/so-oft-wie-kein-anderes-kabinettsmitglied-kanzler-scholz-traf-sich-dreimal-mit-umstrittenen-lng-unternehmern-10197817.html>
- 30 <https://www.nordkurier.de/regional/ruegen/olaf-scholz-und-seine-naehe-zu-potsdamer-lng-investoren-1829137>
- 31 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007945.pdf>
- 32 <https://www.stern.de/politik/olaf-scholz--die-brisante-solonummer-des-kanzlers-bei-den-lng-deals-33741968.html>
- 33 <https://www.heise.de/news/Erster-Tanker-am-LNG-Terminal-Brunsbuettel-Wann-das-erste-Gas-ingespeist-wird-7496901.html>
- 34 <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/LNG-Schiff-in-Brunsbuettel-darf-Schadstoff-Grenzen-ueberschreiten.lng874.html>
- 35 <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/neues-lng-terminal-vor-ruegen-soll-groesstes-fossiles-projekt-europas-werden-deutsche-umwelthilfe-warn/>
- 36 <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Scholz-und-Habeck-verteidigen-LNG-Plaene-auf-Ruegen.lngterminal208.html>
- 37 <https://www.tu.berlin/nachrichtendetails/diw-und-tu-forschende-das-lng-terminal-vor-ruegen-ist-ueberfluessig-und-klimaschaedlich>

- 38 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundestag-lng-ruegen-100.html>
- 39 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-lubmin-eilantrag-gegen-lng-bauarbeiten-verleger-in-position-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-230905-99-86646>
- 40 <https://www.stadt-stade.info/portal/seiten/lng-terminal-stade-900001229-20390.html>
- 41 <https://www.wiwo.de/technologie/wirtschaft-von-oben/wirtschaft-von-oben-159-gasimporte-katar-ist-nicht-genueg-tief-im-meer-vor-westafrika-liegen-die-gashoffnungen-europas/28358524.html>
- 42 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003927.pdf>
- 43 https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2023/03/20-5930.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 44 <https://www.spiegel.de/ausland/erdgas-im-senegal-fossile-brennstoffe-in-afrika-a-abfc9ed4-0e2c-4d10-93ba-f24af-8bf00ca>
- 45 <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/scholz-besuch-senegal-erdgas-101.html>
- 46 <https://www.tagesspiegel.de/politik/geplantes-projekt-im-senegal-scholz-afrikanische-gas-plane-sorgen-fur-ar-ger-8925991.html>
- 47 <https://www.zeit.de/2022/32/energiegewinnung-erdgas-olaf-scholz-senegal-afrika>
- 48 <https://ejfoundation.org/de/news-media/illegale-fischerei-im-senegal>
- 49 <https://www.klimareporter.de/international/energiewende-bedeutet-in-senegal-etwas-anderes>
- 50 https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/klimaschutz/pdf/senegal_01_06_final.pdf
- 51 <https://www.gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/klimapartnerschaft-mit-senegal>
- 52 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1347039/umfrage/vergleich-der-co2-emissionen-zwischen-afrika-und-der-welt/>
- 53 <https://www.reuters.com/business/energy/germany-talks-with-canada-over-lng-terminal-export-europe-govt-official-2022-06-28/>
- 54 <https://www.reuters.com/business/energy/canadian-lng-could-play-major-role-germanys-shift-russian-gas-scholz-2022-08-23/>
- 55 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-09/olaf-scholz-reise-golfstaaten-katar-vereinigte-arabische-emirate>
- 56 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/scholz-vae-fluessiggas-101.html>
- 57 <https://www.rnd.de/politik/olaf-scholz-nennt-gas-aus-katar-baustein-in-kuenftiger-energieversorgung-ULM3LW-ZN7VEW3BWR6VHPMBTOKE.html>
- 58 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-11/katar-verkuendet-abkommen-ueber-gaslieferungen-nach-deutschland>
- 59 <https://www.amnesty.org/en/documents/mde22/4614/2021/en/>
- 60 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/katar-wm-tote-103.html>
- 61 <https://www.tagesschau.de/inland/gas-irak-scholz-101.html>
- 62 <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/deutschland-und-irak-verstaerken-klima-zusammenarbeit-153614>
- 63 <https://taz.de/Olaf-Scholz-in-Skandinavien!/5874498/>
- 64 <https://businessportal-norwegen.com/2023/01/05/gemeinsame-erklaerung-umfangreiche-wasserstoff-lieferungen-von-norwegen-nach-deutschland-bis-2030/#more-23516>
- 65 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/scholz-besuch-belgien-sagt-deutschland-hoehere-gaslieferungen-zu-18678579.html>
- 66 <https://www.n-tv.de/politik/Deutschland-und-Belgien-bauen-Energie-Leitungen-aus-article23917217.html>
- 67 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fluessigerdgas-russland-lng-100.html>
- 68 <https://www.tagesschau.de/investigativ/aserbajdschan-eu-gas-101.html>
- 69 <https://www.sueddeutsche.de/politik/ilham-alijew-aserbajdschan-olaf-scholz-gas-1.5768769>
- 70 https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100225908/armenien-aserbajdschan-konflikt-voelkermord-ist-es-jetzt-schon-.html
- 71 <https://www.stern.de/politik/ausland/bergkarabach--darum-geht-es-im-konflikt-zwischen-armenien-und-aserbajdschan-33842582.html>
- 72 <https://www.transparency.de/cpi/cpi-2022/cpi-2022-tabellarische-rangliste>
- 73 <https://taz.de/Doku-ueber-Aserbajdschan-Affaere!/5778976/>
- 74 <https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20230313124743/https://ukcop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>
- 75 <https://www.klimareporter.de/international/fossiler-dammbruch-befuerchtet>
- 76 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-11/fossile-energie-ausstieg-finanzierung-klimawandel-cop26-kohle>

- 77 https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_92339136/scholz-auf-dem-g7-gipfel-kann-er-was-altkanzlerin-merkel-konnte-.html
- 78 <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/05/20/g7-hiroshima-leaders-communique/>
- 79 <https://www.telepolis.de/features/NGOs-attackieren-Scholz-G7-auf-LNG-Kurs-gebracht-zu-haben-9061491.html?seite=all>
-